

Antrag

der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Dr. Willibald Jacob, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Transfer von Zuwendungen in Höhe der Einnahmen aus der Kaffeesteuer in den Süden

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- angesichts des erklärten Willens der Bundesregierung, die Armut in den Ländern des Südens im allgemeinen und Lateinamerikas im besonderen zu bekämpfen,
- vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung als Nachfolgestaat einer ehemaligen Kolonialmacht,
- in Anbetracht der Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Weltmarkt, der grundsätzlich die Länder des Südens benachteiligt und den Ländern des Nordens zusätzliche materielle Vorteile verschafft,

als einen exemplarischen Akt einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sicherstellt, daß ein Betrag in Höhe der Einnahmen aus der Kaffeesteuer den betroffenen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, den Genossenschaften und den Gewerkschaften der in den Plantagen Beschäftigten zur Verbesserung ihrer sozialen Lage, ihrer Bildung, ihrer Umwelt und der Stärkung ihrer Kultur zur Verfügung gestellt wird.

Bonn, den 18. September 1995

Dr. Winfried Wolf
Dr. Willibald Jacob
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland muß eine grundsätzliche Wende in ihrer Politik gegenüber dem Süden vollziehen. Dies kann exemplarisch zunächst bei einem wichtigen Exportprodukt aus dem Süden dokumentiert werden.

Ein Gesetz, das Zuwendungen in Höhe der Einnahmen aus der Kaffeesteuer den Menschen vor Ort zugute kommen läßt, wäre ein erster Schritt in diese Richtung.

Die Bundesregierung hat in ihrem „Lateinamerikakonzzept“ nicht mit Selbstlob geizt. So heißt es dort:

„Deutschland genießt dort (in Lateinamerika), auch begründet durch die Leistungen, die seit Jahrhunderten deutsche Auswanderer, Kaufleute, Unternehmer, Wissenschaftler und Künstler erbracht haben, Ansehen und Vertrauen.“

Nun kommt bereits in B. Travens Roman „Die Rebellion der Gehenkten“ der Tsotsil-Indianer Candido Castro wie folgt zu Wort:

„Nach Soconusco gehe ich nicht. Da sind die Alemanes. Die haben alle Cafetales. Und die sind grausamer als die Bestien des Dschungels und behandeln einen Indianer, als wäre er weniger als ein Hund.“

Wie sieht es heute, viele Jahrzehnte später, in der Region Soconusco, der südlichsten, an Guatemala angrenzenden Provinz des mexikanischen Bundesstaates Chiapas aus?

In dieser Region gehören auch heute noch 16 000 ha besten Kaffeeanbaugebietes deutschstämmigen Familien. Die Fincas haben Namen wie „Hamburgo“, „Bremen“, „Hannover“ oder „Prusia“. Auf ihnen arbeiten noch ca. 20 000 Angehörige der Tsotsil und Tzetal, zum Teil als Festangestellte zum Teil als Saisonarbeiter und -arbeiterinnen. Gezahlt wird ein Mindestlohn von ca. 4,20 DM pro Tag. Ein Tag bedeutet während der Haupternte zehn bis zwölf Stunden harte Arbeit.

Bischof Ruiz, als Vermittler bei den Friedensgesprächen zwischen der zapatistischen Befreiungsbewegung und der mexikanischen Regierung international bekanntgeworden, äußerte angesichts solcher Lebens- und Arbeitsbedingungen: „Kaffee aus Chiapas ist indianisches Blut“.

Kaffee ist ein typisches Produkt, an welchem die zerstörerischen Tendenzen des Handels zwischen Nord und Süd verdeutlicht werden können. Weltweit werden rund sechs Millionen Tonnen Kaffee jährlich erzeugt. Rund zwei Drittel davon kommen aus Lateinamerika. Eine Reihe lateinamerikanischer Länder sind zu einem sehr hohen Grad vom Kaffeexport abhängig. Der Anteil der Einnahmen aus dem Kaffeexport an den gesamten Exporteinnahmen liegt in El Salvador bei 58 Prozent, in Kolumbien bei 50 Prozent, in Honduras bei 30 Prozent und in Nicaragua bei 26 Prozent.

Die Bundesrepublik Deutschland importiert rund 10 Prozent der gesamten weltweiten Kaffeernte. Jährlich geben die Deutschen für Kaffee 5,5 Mrd. DM aus. Allein die Kaffeesteuer macht davon 2,5 Mrd. DM aus. Im August 1995 kostete ein Kilogramm Kaffee

im Supermarkt 15,60 DM. Der Weltmarktpreis, der den Exporteuren in Lateinamerika gezahlt wird, lag bei 3,30 DM. Die in der Differenz enthaltene Kaffeesteuer lag bei 4,40 DM.

Die Weltmarktpreise der für die Dritte Welt typischen Exportprodukte verschlechterten sich seit vielen Jahren kontinuierlich in Relation zu den Weltmarktpreisen der aus dem Norden bezogenen Importe. Die Verschlechterung dieser „terms of trade“ kann beim Kaffee verdeutlicht werden. Nach „Terre des Hommes“ kostete 1985 der Import eines 6–10-t-Lkw den Gegenwert von 93 Säcken Kaffee. 1990 waren es bereits 302 Säcke Kaffee, die exportiert werden mußten, um den Gegenwert zum Kauf eines solchen Lkw zu erhalten.

Lange bevor es die alternativen und kirchlichen Kaffeeimportgruppierungen gab, hat die deutsche Regierung eine Sondersteuer auf Kaffee erhoben. Während die kirchlichen und alternativen Kaffeeimporteure den Aufschlag, mit dem sie ihre Kaffeepreise versehen, jedoch ausgewählten Kooperativen-Plantagen und teilweise Gewerkschaften vor Ort zukommen lassen, verwendet der Finanzminister die Einnahmen aus der Kaffeesteuer für allgemeine staatliche Ausgaben. Überspitzt gesagt werden damit staatliche Waffengeschenke an Diktaturen in der Dritten Welt, etwa die NVA-Kriegsschiffe für das Suharto-Regime, finanziert.

Die Ausgaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung belaufen sich 1996 auf 8,1 Mrd. DM. Mit der Kaffeesteuer von 2,5 Mrd. DM nimmt die Bundesregierung demnach mehr als ein Drittel dessen, was sie an sogenannter Entwicklungshilfe gewährt, wieder ein.

Die Bundesregierung merkt in ihrer Lateinamerikakonzeption selbst an:

„In diesem Zusammenhang darf auch das soziale Konfliktpotential nicht vernachlässigt werden ... Vorrangiges Ziel der deutschen Entwicklungspolitik – auch in Lateinamerika – ist die Bekämpfung der Armut. Die Bundesregierung wird deshalb vor allem Maßnahmen unterstützen, die die Lebensbedingungen der armen Bevölkerungsschichten direkt und indirekt verbessern.“

In bezug auf die indigenen Bevölkerungen heißt es im Text der Bundesregierung:

„Hier müssen angesichts steigenden Erwartungsdrucks jahrhundertalte Verwerfungen überwunden werden.“

Die Lateinamerikakonzeption enthält jedoch keinerlei neuen Aspekt. Das hier zitierte gewonnene „Ansehen und Vertrauen“ dient lediglich als Argument, um eine neue Exportoffensive der bundesdeutschen Wirtschaft zu unterstützen, den Anteil der Importe Lateinamerikas aus der Bundesrepublik Deutschland wieder zu erhöhen und im verschärften Konkurrenzkampf mit den USA, die Mexiko in die NAFTA integriert haben, und das übrige Lateinamerika als eigenen Hinterhof betrachten, wieder Boden gutzumachen. Wenn im Welthandel zwei sich streiten, so leidet der – schwächste – dritte.

Mit der hier vorliegenden Gesetzesinitiative würde die Bundesregierung eine Abkehr von dieser Politik exemplarisch dokumentieren. Mit ihr würden die folgenden – in der Regel von der Bundesregierung selbst proklamierten – Zielsetzungen verfolgt:

- Denjenigen, die den Kaffee anbauen und ernten, würde ein menschenwürdiges Leben ermöglicht;
- durch die Stärkung von Ansätzen der Selbstorganisation würde der Demokratisierungsprozeß vor allem in Mittelamerika deutlich unterstützt;
- durch die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Stärkung der Gewerkschaften vor Ort würde der Kaffeepreis wieder ansteigen und könnten die Kaffee exportierenden Länder einen weniger ungerechten Weltmarktpreis erzielen;
- den verhängnisvollen Zwang, für den Weltmarkt immer mehr produzieren zu müssen und in wachsendem Maß von demselben abhängig zu werden, zu reduzieren und die Möglichkeit zu eröffnen, die Monokultur in den entsprechenden Regionen aufzubrechen und wieder gemischte, den Bedingungen des Landes und der Kultur der Menschen entsprechende Formen des Anbaus einzuführen;
- die Beziehungen zwischen CDU/CSU und den christlichen Gruppen, die gerechte Weltmarktpreise und insbesondere für Kaffee gerechte Preise fordern und entsprechende Import- und Verteilernetze aufgebaut haben, könnten wieder verbessert werden.